

**Zeitschrift:** Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile  
**Herausgeber:** Schweizerischer Zivilschutzverband  
**Band:** 32 (1985)  
**Heft:** 6  
  
**Rubrik:** Aktuell = Actualité = Attualità

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Keine allgemeine Dienstpflicht, aber...

## Obligatorische «Verhaltenskurse» für die Frauen?

**hwm.** Eine allgemeine Dienstpflicht der Frau im Rahmen der Gesamtverteidigung ist kein Diskussionsthema mehr. Dies ist das Ergebnis der Vernehmlassung über die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung, das an einer Pressekonferenz im Bundeshaus präsentiert wurde. Noch nicht abgeschrieben ist hingegen der Vorschlag, wonach die Frauen zu einer obligatorischen Ausbildung aufgeboten werden sollen, in der sie im Verhalten in Krisensituationen unterrichtet würden. Dieses Modell soll nun von verschiedenen Gremien weiterverfolgt werden. Der Schweizerische Zivilschutzverband (SZSV) hatte sich in der Vernehmlassung gegen ein Obligatorium ausgesprochen und für den Ausbau der freiwilligen Grundkurse plädiert (vgl. Kasten).

Das Echo auf den von einer Studiengruppe unter der Leitung der Berner Soziologin Ruth Meyer erarbeiteten Bericht über die Stellung der Frau in der Gesamtverteidigung, der sich auf umfassende Vorarbeiten der ehemaligen Chefin des Frauenhilfsdienstes, Andrée Weitzel, stützte, war enorm. Zu den in die Vernehmlassung geschickten acht Modellen – sie reichen von der Beibehaltung des Status quo bis zu einer allgemeinen Dienstpflicht ohne obligatorischen Militärdienst – gingen bis Ende Januar 1984 über 400 Stellungnahmen von Organisationen und Gruppierungen sowie über 3900, zum grössten Teil allerdings identische, private Meinungsäusserungen ein. Der Tenor der Eingaben lautet: Kein Dienstobligatorium für Frauen, aber allenfalls eine obligatorische Grundausbildung, die zur freiwilligen Mitarbeit in der Gesamtverteidigung motivieren könnte.

Dr. Alfred Wyser, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, erklärte sich nicht unglücklich über das Resultat, das im Grunde genommen die bisherige Politik der Gesamtverteidigung bekräftigte. Immerhin sei bestätigt worden, dass die Bereitschaft der Frauen zum freiwilligen Dienst seit der letzten repräsentativen Umfrage, die vor rund zwölf Jahren erfolgte, nicht abgenommen habe. Wyser zeigte sich auch überzeugt, dass durch eine geschickte Informations- und Führungsarbeit die Frauen auch auf freiwilliger Basis vermehrt zum Dienst in der Gesamtverteidigung herangezogen werden könnten. Namentlich der koordinierte Sanitätsdienst sei dringend auf die Mitarbeit der Frauen angewiesen.

In den meisten Stellungnahmen werden vermehrte Anstrengungen im Hinblick auf eine freiwillige Mitwirkung von Frauen in der Gesamtvertei-

gung befürwortet. Die Schaffung neuer Organisationen wird jedoch mehrheitlich abgelehnt. Erweiterte Möglichkeiten freiwilliger Dienstleistungen werden in den Bereichen der wirtschaftlichen Landesversorgung und der koordinierten Dienste (Sanitätsdienst, Übermittlung, Transportdienst, Information und Betreuung) vorgeschlagen. Die Mehrheit der Befragten stimmt auch einer Ausdehnung des freiwilligen Kursangebotes für Frauen zu, falls dies einer Notwendigkeit entspreche. Ein Einbau des Unterrichtsstoffes Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung in den obligatorischen Schulunterricht wird jedoch von der Mehrheit der Parteien, der grossen Frauenverbände sowie weiterer Organisationen abgelehnt, weil vor allem eine Militarisierung bzw. Politisierung der Schulen befürchtet wird.

Eine allgemeine Dienstpflicht stiess mehrheitlich auf Ablehnung, wobei politische, wirtschaftliche, organisatorische, zeitliche und nicht zuletzt finanzielle Gründe ins Feld geführt wurden. Namentlich Frauenorganisationen und Linksparteien waren gegen die Militarisierung der Frau Sturm gelaufen. Von den Bundesratsparteien brachten nur gerade die Freisinnigen einer allgemeinen Dienstpflicht Sympathie entgegen, und bei den Kantonen stimmte einzig St.Gallen einem Dienstobligatorium unter Vorbehalt zu. Nicht einmal eine obligatorische Dienstpflicht für aktive und ehemalige Angehörige bestimmter Berufsgruppen, beispielsweise Krankenschwestern, fand Gnade, weil sich eine solche Verpflichtung negativ auf die Berufswahl junger Mädchen auswirken könnte.

Aufgrund des Entscheides des Bundesrates wird nun noch der Ausbau der freiwilligen Dienstleistung weiterverfolgt. Hinzu kommt neu die Frage, ob die Frauen allenfalls obligatorisch über das Verhalten in Not- und Krisenzeiten instruiert werden sollen. Diese Fragen werden innerhalb eines Jahres von der beauftragten Studienkommission unter der Berner Soziologin Ruth Meyer einerseits, dem Rat für Gesamtverteidigung andererseits abgeklärt.

In zahlreichen Zeitungsinterviews erklärte Ruth Meyer, bezüglich Ausgestaltung des obligatorischen Verhaltenskurses bestünden schon konkrete Vorstellungen: Nach einem ersten Modell würden die Frauen mit 19 Jahren zu einem einwöchigen Kurs über das Überleben und das richtige Verhalten in Notsituationen aufgeboten. Diese Kurse sollten in der Regel in der Wohngemeinde stattfinden. Ne-





ben Erster Hilfe und allgemeinen Überlebensfragen stünden auch Theorien zur Sicherheitspolitik auf dem Programm. Nach diesem Einführungskurs könnten dann nach den Vorstellungen der Studienkommission die Frauen bis zu ihrem 50. Lebensjahr etwa alle zehn Jahre für einige Tage zu einem Wiederholungskurs «eingeladen» werden.

Wie gesagt, sollen neue Modelle ausgearbeitet werden, die dann vom Stab für Gesamtverteidigung und später vom Bundesrat begutachtet werden. Gleichzeitig wird abgeklärt, ob ein solches Obligatorium allenfalls verfassungsrechtlich gesichert werden muss oder als Gesetz zu verankern ist. In diesem Fall ist jedoch mit einem Referendum bzw. mit einer Volksabstimmung zu rechnen.

Der Kommentar

## Frauendienst: Gegen Obligatorium

**Frau und Gesamtverteidigung:** Der Meinungsprozess ist einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Vor zwei Jahren erschien der Bericht einer Expertenkommission, der acht Modelle möglicher Mitwirkung skizzierte. Vor einem Jahr wurde die Vernehmlassung abgeschlossen. Die präzise Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen liegt jetzt vor.

Und siehe da: In der Vernehmlassung hat sich eine grosse Mehrheit gegen eine allgemeine Dienstpflicht ausgesprochen, die mit dem Militärdienst der Männer zu vergleichen wäre. Viele haben aber eine kurze Ausbildung über richtiges Verhalten in Not- und Krisenzeiten befürwortet. Der Stab für Gesamtverteidigung wird nun konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Wie werden diese Vorschläge aussehen? Vieles deutet darauf hin, dass sie in Richtung von Modell 5 gehen: Leben im Schutzraum, Erste Hilfe, richtiges Verhalten bei einem Atomschlag sollen eingeübt werden. Die Grundausbildung würde ungefähr eine Woche dauern, dazu kämen etwa alle zehn Jahre mehrstägige Wiederholungskurse. Modell 5 baut dabei auf die obligatorische Teilnahme.

Gerade in diesem Punkt melden sich aber schwere Bedenken. Sie sind nicht administrativer Art: Solche Kurse müssten sich bewältigen lassen, beispielsweise innerhalb des Zivilschutzes, der langfristig ja davon profitiert. Sie sollten auch angeboten werden, weil viele Frauen so grossen Wert darauf legen. Ein Obligatorium aber wird auf den erbitterten Widerstand anderer Frauengruppen stossen, die auch in diesem verhältnismässig kleinen Schritt noch eine «Militarisierung der Gesellschaft» sehen.

Das Wort Militarisierung wird in den befürwortenden Kreisen nicht gern gehört. Sie haben sich denn auch fleissig darum bemüht, den Begriff «Militär» im Zusammenhang mit Frauendienst dick durchzustreichen und durch das gediegene «Gesamtverteidigung» zu ersetzen. Für manche Frauen macht das aber keinen grossen Unterschied: Sie lehnen es grundsätzlich ab, in jenes Angriffs-/Verteidigungs-Denken einbezogen zu werden, das Kriege nicht verhindern konnte und das ihnen zutiefst fremd ist. Sie möchten auf andere Weise für eine gerechte Welt wirken.

Eine brauchbare Lösung kann wohl nur über Freiwilligkeit laufen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jene Frauen, die sich für den Dienst wirklich engagieren wollen, nicht einfach als Hilfskräfte gehalten werden. Die Aufwertung des bisherigen FHD (Frauenhilfsdienst) zum MFD (Militärischer Frauendienst) mit den entsprechenden Würden hat hier ein Zeichen gesetzt. Nur auf diese Weise wird es gelingen, offenbar bestehende Lücken in der Landesverteidigung zu schliessen.

Marlies Strech

(Tages-Anzeiger)

Stellungnahme des SZSV  
vom 7. Dezember 1983

## «Möglichkeiten der Freiwilligkeit ausschöpfen...»

**red. Auch der Schweizerische Zivilschutzverband (SZSV) liess im Dezember 1983 seine Stimme zum Bericht über die Mitarbeit der Frau in der Gesamtverteidigung verlauten. Nachfolgend seien die Leser nochmals ausschnittsweise daran erinnert, mit welchen Begründungen der SZSV ein Obligatorium der Dienstpflicht usw. ablehnte.**

«Kriege, Katastrophen und andere Notsituationen bedrohen heute die gesamte Zivilbevölkerung gleichermassen. Die Gesamtverteidigung ist damit zu einer gemeinsamen Aufgabe von Frau und Mann geworden. Auch die Frauen haben somit ein Anrecht auf eine entsprechende Ausbildung.

Theoretisch müsste man nach den obigen Feststellungen ein Obligatorium für alle Frauen befürworten. In Wirklichkeit aber ist ein so grosser Bedarf an Frauen für die Gesamtverteidigung bis heute nicht nachgewiesen. Es fehlen auch die Organisationsstrukturen und das Instruktionspersonal, so dass eine zweckmässige Ausbildung kaum gewährleistet werden könnte. Da der Vollzug der zu erlassenden Bundesgesetzgebung bei den Kantonen und Gemeinden liegen müsste, würden eventuell in den verschiedenen Teilen unseres Landes grosse Unterschiede im Realisierungsgrad auftreten.

Der Kommentar

## Es geht auch ohne

Seit 1977 laborieren EMD und Experten an Modellen für die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung herum. Heute, acht Jahre später, ist man trotz zweier Studien und einer umfassenden Vernehmlassung kaum klüger. Der Widerstand – er zieht sich quer durch die Landschaft –

Kommentar

## «Helm auf» für Frauen?

Im Umfeld des 8. Mai, vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wurden sie in Reden und Leitartikeln gerühmt, die Schweizerinnen, die von 1939 bis 1945 all das auch noch leisteten zu Hause, was zum Aktivdienst aufgebotene Bürger in Uniform gezwungenermassen liegenlassen mussten. Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung in Bern bringt da allerdings einen Vorbehalt an: «Obwohl die Schweizerfrau notgedrungen bedeutende allgemeine Leistungen für unser Land erbrachte, mussten die Frauen – wie auch die Männer – nie beweisen, ob sie den extremen Anforderungen einer Kriegssituation gewachsen wären.»

Zu verhindern, dass dieser fürchterliche Beweis je gefordert wird, das ist der Sinn des Verfassungssatzes «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig» und auch der jede Schweizerin «wehrpflichtig» im Sinne der Gesamtverteidigung werden.

Gemach – wir wollen's nicht überleben. Die kleine Schweiz zählt heute schon mehr Soldaten und Panzer pro Quadratkilometer Hoheitsgebiet als jedes andere Land Europas. Es kann also nicht im entferntesten etwa darum gehen, den Frauen «Helm auf» zu befahlen und Flintenweiber in den Schiessstand zu holen. Selbst mit dem Frauenstimmrecht und dem Gleichberechtigungsartikel liess sich eine allgemeine Wehrpflicht für beide Geschlechter niemals begründen.

Bleibt also die Frage nach der möglichen Rolle der unbewaffneten Frau in der Gesamtverteidigung. Darauf gibt die nun abgeschlossene Vernehmlassung eine ausreichend klare Antwort: Wer mittun mag, ist im militärischen Frauenwillkommen, aber die Sache soll keinesfalls zur Pflicht werden. Der Gesamtverteidigung beruht letztlich eben auch auf dem Bürgersinn für Solidarität, und den kann man weder befahlen noch obligatorisch erklären. Es dürfte ausstosserisch akzeptiert Modell für den Platz der Frau in der Gesamtverteidigung weiterzusuchen. Sehr viel mehr bräute es vermutlich, jenen Frauen, die freiwillig Aufnahme bestmöglich zu erleichtern. Für alle andern aber wäre eine «Überlebens-Rekrutenschule» etwa gleich attraktiv wie der Nothelferkurs für Fahrlehrerinnen, eine lästige Pflichtübung.

(Basler Zeitung)

Peter Amstutz

Nachdem bis heute noch lange nicht alle Möglichkeiten der Freiwilligkeit ausgeschöpft worden sind und ein Obligatorium referendumpolitisch keine grossen Erfolgsaussichten hätte, ist es realistischer, die Anstrengungen zur Förderung der freiwilligen Mitarbeit in der Gesamtverteidigung zu verstärken. Möchte man sich für ein Obligatorium entscheiden, dann wäre noch am ehesten das Modell Nr. 5 – allerdings nur mit einem gewaltigen administrativen Aufwand und damit einer längeren Vorbereitungszeit – realisierbar...»

«...Die einzig realisierbare und gleichzeitig zweckmässige Lösung ist unseres Erachtens das Modell Nr. 5, aber auf freiwilliger Grundlage. Freiwillige Grundkurse von wenigen Tagen Dauer am eigenen Wohnort könnten den Frauen die wichtigsten Grundlagen des Überlebens im Schutzraum oder bei anderen Notsituationen vermitteln. Samaritervereine, das Schweizerische Rote Kreuz und Zivilschutzorganisationen könnten dazu mithelfen. In kurzen, aber regelmässigen Wiederholungskursen könnte das erworbene Wissen wieder gefestigt werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Bereitschaft der Frauen zur Mitwirkung in den verschiedenen Zweigen der Gesamtverteidigung ist eine Intensivierung und Verbesserung der Information, der Motivation und der Attraktivität. Auf diesem Gebiet muss von Bund und Kantonen mehr getan werden. Direkte Appelle von Behörden kommen bekanntlich bei der Bevölkerung nicht gut an. Daher ist es erfolgversprechender, private Organisationen, wie zum Beispiel die Samaritervereine, die Rotkreuzdienste oder den Schweizerischen Zivilschutzverband – nicht nur in finanzieller Hinsicht –, besser und wirksamer zu unterstützen.»

konnte nicht abgebaut, die diversen Vorschläge unter keinen Hut gebracht werden. Deshalb ist auch nicht zu erwarten, dass die jetzt angekündigte vertiefte Prüfung zu einem Konsens führen wird. Daran ändert auch der bundesrätliche Verzicht auf eine obligatorische Dienstpflicht für Frauen wenig.

Der einzige und zugleich kleinste gemeinsame Nenner konnte bei der Ausbildung gefunden werden. So sinnvoll und notwendig fundiertes Wissen über das Verhalten im Kriegsfall und die Aspekte der Gesamtverteidigung – allein das Wort löst Abwehrreflexe aus – auch ist, so schwierig, wird sich die Vermittlung desselben in der Praxis gestalten. Bestehende Organisationen könnten zwar vermehrt für solche Ausbildung herangezogen werden. Probleme werden sich aber unweigerlich bei einem Obligatorium solcher Kurse einstellen. Der magistrale Wunsch nach solch obligatorischer Gesamtverteidigungsausbildung dürfte an Realisierungsschwierigkeiten platzen.

Angesichts dieser langfadigen Suche nach einer allseits befriedigenden Lösung und dem bisherigen Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag drängt sich die Frage auf, ob die Übung nicht abgebrochen und die Pläne in tiefsten EMD-Schubladen gelagert werden sollte. Dass die Frauen ihren Beitrag zum Wohle der Schweiz zu leisten gewillt sind, haben sie während des Zweiten Weltkrieges bewiesen; auch ohne Integration in die Gesamtverteidigung.

Peter Frey

(Solothurner Zeitung)



Pas d'obligation générale de servir pour les femmes, mais...

## «Cours de comportement» obligatoire pour les femmes?

**hwm.** La question de l'obligation générale de servir pour les femmes au sein de la défense générale ne fait plus actuellement l'objet d'un débat. C'est ce qui ressort de la consultation sur la collaboration des femmes à la défense générale, présentée lors d'une conférence de presse au Palais fédéral. En revanche, on n'a pas encore retenu la proposition selon laquelle les femmes devaient être astreintes à une instruction obligatoire où elles apprendraient quel comportement il convient d'adopter dans des situations de crise. Différents comités doivent prochainement continuer d'examiner ce projet. Au cours de la consultation, l'Union suisse pour la protection civile (USPC) s'est prononcée contre un service obligatoire et a plaidé pour la mise sur pied des cours de base suivis par des volontaires (voir page 19).

Le rapport établi par un groupe d'étude placé sous la direction de la sociologue bernoise Ruth Meyer, concernant la place que doit occuper la femme au sein de la défense générale – lequel s'appuie sur les importants travaux préliminaires menés par l'ex-chef du Service complémentaire féminin, Andrée Weitzel – a suscité un très large écho. Les huit projets soumis à consultation – et qui vont du maintien du statu quo à une obligation générale de servir sans service militaire obligatoire – ont fait l'objet jusqu'à janvier 1984 de plus de 400 prises de position de la part d'organisations et de groupements et de plus de 3900 commentaires (au demeurant pour la plupart identiques) de la part de personnes exprimant leur opinion individuelle.

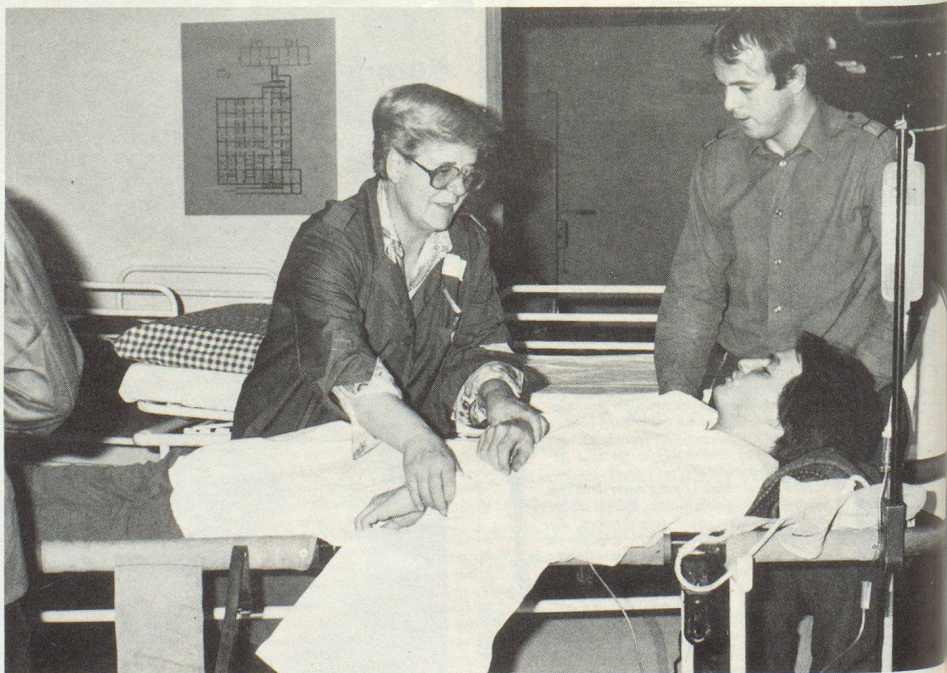
Pour résumer l'ensemble de ces avis: pas de service obligatoire pour les femmes, mais en tout cas une formation de base obligatoire susceptible de motiver certaines d'entre elles à participer volontairement à la défense générale.

Alfred Wyser, le directeur de l'Office central de la défense, s'est déclaré plutôt satisfait du résultat de cette consultation qui, tout compte fait, apporterait de l'eau au moulin à la politique suivie jusqu'ici par la défense générale. A ses yeux, il se confirme que, depuis le dernier sondage effectué sur un échantillon représentatif – voici près de douze ans –, le désir des femmes d'effectuer volontairement un service n'avait en rien diminué. Alfred Wyser a également exprimé sa conviction qu'un travail rationnel d'information et de conduite pourrait inciter un nombre encore plus élevé de femmes à servir au sein de la défense générale. Il a également rappelé qu'en particulier le service sanitaire coordonné avait grand besoin de la collaboration des femmes.

La plupart des opinions exprimées réclament des efforts accrus visant à encourager les femmes à servir volontairement dans la défense générale. Toutefois, elles rejettent dans leur majorité la création de nouvelles organisations. On propose un plus large éventail de prestations volontaires dans les secteurs de l'approvisionnement économique du pays et des services coordonnés (service sanitaire, transmissions, information et maintenance). La majorité des personnes consultées approuve également une extension du programme de cours destiné aux femmes volontaires si cela devenait nécessaire. Mais la plupart des partis, des grandes associations féminines ainsi que d'autres organisations refusent l'idée d'inscrire au programme scolaire obligatoire la politique de sécurité et la défense générale, de crainte que cette mesure n'entraîne une militarisation, voire une politisation des écoles.

En ce qui concerne une obligation générale de servir, la majorité des personnes et organismes consultés en ont repoussé l'idée, invoquant des raisons politiques, économiques, des problèmes d'organisation et de temps ainsi que, notamment, des raisons financières. Ce sont surtout les organisations féminines et les partis de gauche qui se sont déclarés tout à fait hostiles à une militarisation des femmes. Parmi tous les partis représentés au Conseil fédéral, seuls les libéraux ont manifesté une certaine sympathie à l'égard d'une obligation générale de servir. Et parmi les cantons, seul le canton de Saint-Gall a approuvé avec une certaine réserve l'idée d'un service obligatoire. Même l'hypothèse d'un service obligatoire pour les personnes appartenant et ayant appartenu à certaines catégories professionnelles bien précises – par exemple les infirmières – n'ont guère trouvé de faveur auprès des associations interrogées, celles-ci craignant qu'une telle obligation puisse avoir un impact négatif sur le choix de carrière qu'effectuent les jeunes filles en fin d'apprentissage.

Compte tenu de la décision du Conseil fédéral, seul le modèle préconisant un service volontaire reste actuellement à l'étude. A cela vient s'ajouter la question de savoir si, quoi qu'il arrive, les femmes devront recevoir ou non une instruction obligatoire concernant le comportement à adopter en cas d'urgence ou de crise. La commission d'étude placée sous la direction de la sociologue bernoise Ruth Meyer, d'une part, et le Conseil de la défense, d'autre part, ont été chargés de clarifier ces deux points au cours de l'année à venir.





Prise de position de l'USPC  
du 7 décembre 1983

## «Exploiter toutes les possibilités offertes par le volontariat...»

**réd. En décembre 1983, l'Union suisse pour la protection civile (USPC) avait également fait connaître son point de vue à l'égard du rapport sur la participation des femmes à la défense générale. Dans les lignes suivantes, nous rappelons brièvement à nos lecteurs les raisons pour lesquelles l'USPC avait alors rejeté, entre autres points, l'idée d'un service obligatoire.**

«Les guerres, les catastrophes et d'autres situations d'urgence menacent actuellement dans une égale mesure l'ensemble de la population civile. C'est ainsi que la défense générale est devenue une tâche commune qui incombe à la fois aux femmes et aux hommes. Aussi, les femmes ont-elles également droit à une formation dans ce domaine.

Selon ce constat, il faudrait théoriquement

se prononcer en faveur d'un service obligatoire pour toutes les femmes. Mais dans la réalité on n'a guère pu faire la preuve jusqu'ici d'un si grand besoin des femmes dans la défense générale. En outre, on ne dispose pas des structures d'organisation et du personnel d'instruction permettant de garantir à toutes les femmes une formation appropriée. Comme il appartiendrait aux cantons et aux communes d'appliquer la législation qui serait mise en place, il pourrait y avoir de grandes différences entre les diverses parties de notre pays quant au degré de réalisation.

Etant donné qu'on est loin aujourd'hui d'avoir exploité et épuisé toutes les possibilités existantes dans le domaine du volontariat et que, par ailleurs, un référendum sur la formation obligatoire des femmes n'aurait guère de chance de l'emporter, il est plus réaliste d'accroître les efforts visant à promouvoir une participation féminine volontaire à la défense générale. Si on devait toutefois opter pour une obligation de servir, ce serait alors le modèle numéro 5 qui serait le plus facilement réalisable, mais celui-ci entraînerait à coup sûr des frais d'administration considérables et, partant, exigerait une assez longue période de préparation.»

«À notre avis, le modèle numéro 5 est le

seul qui constitue à la fois une solution réalisable et appropriée, à condition qu'il repose sur le volontariat. En suivant volontairement des cours de base durant quelque jours dans leur commune de résidence, les femmes pourraient apprendre les principes fondamentaux de la survie dans l'abri ou lors d'autres situations de nécessité. L'Alliance des samaritains, la Croix-Rouge suisse et les organisations de protection civile pourraient participer à cet effort. On pourrait en outre raffermir les connaissances acquises en organisant des cours de répétition d'une durée réduite, mais périodiques.

Si l'on veut préparer correctement les femmes à collaborer au sein des différents secteurs de la défense générale, il est décisif d'intensifier et d'améliorer l'information et la motivation. La Confédération et les cantons se doivent d'en faire davantage dans ce domaine. Comme on le sait, un appel direct des autorités ne suscite guère de réaction de la part de la population. Aussi est-il bien plus judicieux d'apporter un soutien accru et plus efficace – et pas seulement sur le plan financier – des institutions privées telles que l'Alliance des samaritains, les services de la Croix-Rouge suisse ou l'Union suisse pour la protection civile.»

Lors de nombreuses interviews, Ruth Meyer a expliqué qu'en ce qui concerne la mise sur pied du cours de comportement obligatoire, plusieurs projets concrets avaient d'ores et déjà été élaborés: selon une première hypothèse, les femmes âgées de 19 ans devraient suivre un cours d'une semaine sur la survie et le comportement adéquat dans des situations graves. En règle générale, ces cours devraient avoir lieu dans la commune de résidence des personnes astreintes. Outre les premiers secours et les problèmes de survie en général, le programme comportera également une présentation des différentes thèses relatives à la politique de sécurité. Selon les hypothèses de la commission d'étude, les femmes pourraient, après avoir suivi ce cours d'introduction, être «invitées» jusqu'à leur 50<sup>e</sup> année à se rendre tous les dix ans à un cours de répétition de plusieurs jours.

Comme nous l'avons déjà précisé, plusieurs modèles sont en cours d'élaboration et seront soumis ensuite à l'approbation de l'état-major et, ultérieurement, à celle du Conseil fédéral. On est en train d'examiner, par ailleurs, si un tel cours obligatoire doit figurer dans le droit constitutionnel ou si une loi doit être spécialement votée à ce sujet. Dans ce cas, il faudra organiser un référendum ou tout au moins une votation populaire.



## Nessun obbligo militare per le donne, ma...

hwm. Un obbligo generale per la donna di prestare servizio militare nel quadro della difesa integrata non è ormai più tema di discussione. È quanto risulta dalla consultazione sulla partecipazione della donna nella difesa integrata, presentata in una conferenza per la stampa tenutasi a Palazzo federale. Non ancora accantonata è invece la proposta secondo la quale le donne dovranno essere chiamate per una

istruzione obbligatoria. In tale ambito esse saranno istruite sul comportamento da tenere in caso di crisi. Il modello sarà ora trattato ulteriormente in altre sedi. L'Unione svizzera per la protezione civile (USPC), in occasione della consultazione, si era dichiarata contraria all'introduzione di un obbligo militare per le donne e aveva per contro spezzato una lancia in favore di un ampliamento dei corsi volontari di base.



Eine Flucht nach vorn, die Schule machen sollte

## Gemeinde Uitikon beschafft sämtliche Liegestellen für die privaten Schutzräume

**red.** Die Gemeinde Uitikon ZH macht Unmögliches möglich: Anlässlich einer Gemeindeversammlung wurde aufgrund einer Initiative beschlossen, dass die Gemeinde sämtliche Liegestellen für die privaten Schutzräume beschafft. Hiefür sprach die Gemeindeversammlung einen Kredit von 250 000 Franken. Auf diese Weise würden sich natürlich die Diskussionen um die Problematik des vorzeitigen Schutzraumbezugs wegen der fehlenden Liegestellen in privaten Schutzräumen nahezu erübrigen (vgl. «Zivilschutz» 4/85). Einziger Haken: Nur «reiche» Gemeinden können auf diese Weise dem Liegebetten-Manko begegnen.

Dass die – zugegebenermassen – finanziell begüterte Gemeinde Uitikon sich überhaupt dazu durchringen konnte, sämtliche Liegestellen für die privaten Schutzräume zu beschaffen, ist auf eine Initiative zurückzuführen. Die Initianten stellten fest, dass die Gemeinde zwar über genügend belüftete Schutzplätze verfügt, nicht aber über genügend Liegestellen: Mit Ausnahme von Sammelschutzräumen mit insgesamt 500 Schutzplätzen fehle fast in allen andern Schutzräumen die notwendige Anzahl von Liegen, wussten die Initianten. Im Initiativtext begründeten die beiden Gemeindebürger ihren Vorstoss unter anderem auch noch wie folgt: «Dieser Umstand ist um so stossender, als Private, die sich in Sammelschutzräumen einkauften, über die notwendigen Einrichtungen verfügen, während für alle anderen keine Liegestellen vorhanden sind. Ohne Liegestellen ist jedoch ein längerdauernder Aufenthalt in Schutzräumen (auch damit muss im Ernstfall gerechnet werden) kaum denkbar, zumal pro Person lediglich 2,5 m<sup>3</sup> Raum zur Verfügung steht. Da der Schutzraumbezug innert zwei Tagen durchgeführt werden muss, kann die notwendige Anzahl solider Liegestellen kaum termingerecht zusammengesetzt werden (woher auch das viele Holz nehmen?). Es entspricht deshalb einer Notwendigkeit, die finanziellen Mittel für die Beschaffung von Liegestellen für die gesamte Uediker Bevölkerung bereitzustellen. Dieses Anliegen wird im übrigen von allen Instanzen des Zivilschutzes (Bund, Kanton und Gemeinde) anerkannt, kann jedoch in den meisten Gemeinden wegen knapper Geldmittel nicht realisiert werden. Die Politische Gemeinde Uitikon verfügt über die entsprechenden Mittel: 2500 Liegestellen kosten rund 200 000

Franken und beanspruchen nicht mehr als 30 m<sup>3</sup> Lagerraum.»

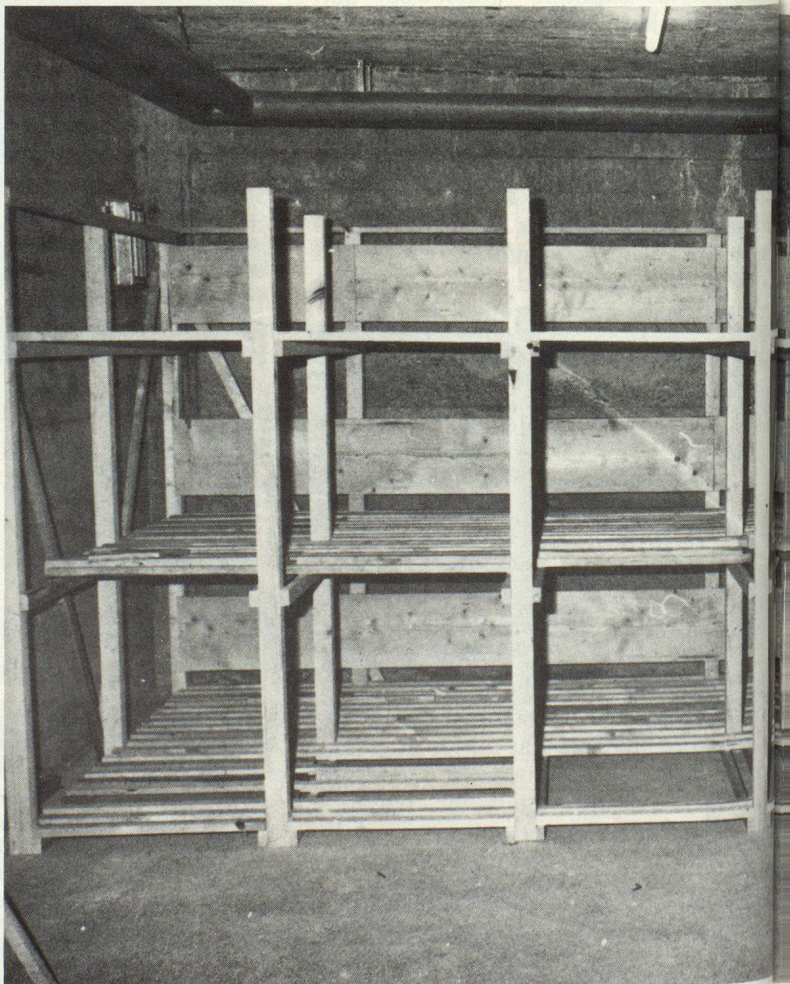
Der Gemeinderat stellte sich hinter die Initiative. Er bejahte auch die im Weisungs-Entwurf gemachten Feststellungen der Initianten: «Bund und Kanton vertreten die Auffassung, die Möblierung der privaten Schutzräume habe durch die Grundeigentümer zu erfolgen. Erhebungen durch unsere Zivilschutzorgane haben ergeben, dass sich die wenigsten Hausbesitzer

daran halten. Die Eigentümer privater Schutzräume sind ferner verpflichtet, noch andere Gemeindeglieder aufzunehmen. Die Zuweisung erfolgt durch die örtliche Schutzorganisation und wird erst im Bedarfsfall bekanntgegeben. Die zugewiesenen Benutzer können aus naheliegenden Gründen die Möblierung nicht selber mitbringen. Daraus ergibt sich, dass das Möblierungskonzept nicht funktioniert. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als diese Lücke auf der Stufe der Gemeinde zu schliessen.»

Der Gemeinderat ging mit den Initianten auch dahin einig, dass die Gemeinde nur die Liegestellen anschafft. Auf die weiteren Möblierungsgegenstände soll verzichtet werden.

Schliesslich akzeptierte die Gemeindeversammlung sowohl Initiative als auch das Ein-Viertel-Million-Kreditgeschäft, so dass nun bereits mehrere Offerten eingeholt werden können. Die 2500 Liegen werden demontiert und staubfrei verpackt, von der Schutzraumorganisation beschriftet und in zwei öffentlichen Gebäuden gelagert. Die Lagerfläche beträgt 56 m<sup>2</sup>. Es entstehen keine Folgekosten. Neuanschaffungen wegen grösserer Einwohnerzahl erfolgen jeweils zu Lasten des öffentlichen Verkehrs.

*Liegestellen in Friedenszeiten können sinnvoll genutzt werden, indem man sie als Kellergestelle nutzt.*  
(Bild: Fritz Friedli)





Une fuite en avant qui devrait faire réfléchir

## La commune de Uitikon se procure tous les lits nécessaires aux abris privés

**réd.** La commune de Uitikon ZH rend possible ce qui ne l'est pas: lors de l'assemblée communale, et sur la base d'une initiative, il a été décidé que la commune se procurerait tous les lits nécessaires aux abris privés. A cet effet, l'assemblée communale a voté un crédit de 250 000 francs. Grâce à cela, fini les débats sur les problèmes que pose l'occupation prématurée des abris étant donné le manque de lits dans les abris privés (cf. *Protection civile* 4/85). Le revers de la médaille: seules les communes «riches» sont en mesure de pallier de cette façon le manque de lits.

C'est toutefois sur l'initiative de deux personnes que la commune, semble-t-il bien nantie, de Uitikon a réussi à se donner les moyens d'acquérir tous les lits nécessaires aux abris privés. Les auteurs de cette initiative avaient constaté que la commune disposait certes d'un nombre suffisant de places protégées pourvues d'un système d'aération, mais en revanche d'un nombre trop réduit de lits: mis à part les abris collectifs totalisant 500 places protégées, la plupart des autres abris ne

disposaient pas, selon eux, de lits en nombre suffisant. Dans leur rapport, ces deux citoyens de la commune de Uitikon fondaient leurs griefs comme suit:

«Cette situation est d'autant plus choquante que les personnes privées qui se sont fournies dans les abris collectifs disposent des installations nécessaires, tandis que toutes les autres en sont privées. Sans lits, il est toutefois inconcevable d'envisager un séjour prolongé dans les abris (et il faut y penser en cas de situation grave), étant donné que chaque occupant de l'abri n'a guère que 2,5 m<sup>3</sup> à disposition. Comme l'occupation des abris doit s'effectuer en l'espace de deux jours, il est quasi impossible de rassembler dans les délais le nombre requis de lits robustes du reste (où trouver tout le bois utile à une telle réalisation?). Aussi est-ce aujourd'hui une nécessité de mettre à disposition les moyens financiers permettant de se procurer les lits pour l'ensemble de la population de Uitikon. La légitimité de ce désir est du reste reconnue par toutes les instances de la protection civile (aux échelons fédéral, cantonal et communal), mais dans la plupart des communes il ne peut être exaucé, du fait de moyens financiers insuffisants. La commune politique de Uitikon dispose des moyens nécessaires: 2500 lits coûtent environ 200 000 francs et n'occupent pas plus de 30 m<sup>3</sup> de l'espace contenu dans les abris.

Le Conseil communal a soutenu cette initiative et approuvé les constatations faites par les deux initiateurs dans leur projet d'instruction: «La Confédération et le canton estiment que l'aménagement des abris privés est à la charge des propriétaires fonciers. Plusieurs enquêtes menées par divers organes de protection civile de notre commune ont démontré qu'une infime

minorité d'entre eux respectaient cette règle. Les propriétaires d'abris privés sont en outre tenus d'accueillir encore d'autres habitants de la commune. C'est l'organisation locale de la protection civile qui procède à l'attribution, laquelle n'est publiée qu'en cas de besoin. Pour des raisons évidentes, les personnes à qui on a attribué des places protégées ne peuvent guère apporter leurs propres meubles. Il apparaît donc que le concept d'aménagement de la Confédération n'est pas opérationnel. Il ne reste donc qu'une seule solution: combler cette lacune à l'échelle communale.»

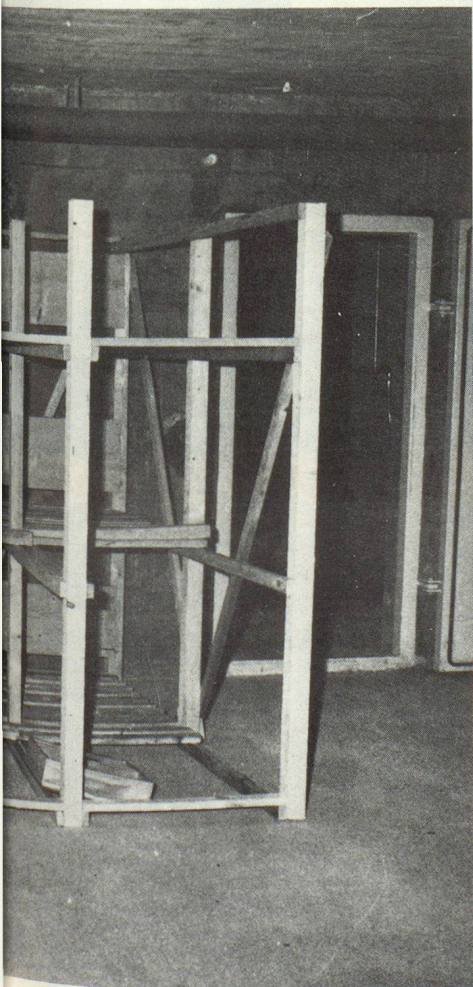
De concert avec les deux auteurs de l'initiative, le Conseil communal estime que la commune ne doit se procurer que les lits et doit renoncer à acheter les autres éléments d'aménagement.

Finalement, l'assemblée communale a accepté à la fois l'initiative et le crédit d'un quart de million. Ainsi, plusieurs offres peuvent lui être désormais faites. Les 2500 lits seront démontés et

### Una soluzione che sbaraglia tutti i problemi

hwm. Il comune di Uitikon ZH ha fatto l'impossibile: in occasione di un'assemblea comunale è stato deciso, in base a un'iniziativa, che il comune abbia ad acquistare tutti i giacigli per i rifugi privati. A tale scopo, l'assemblea comunale ha votato un credito di 250 000 franchi per 2500 giacigli. In questo modo verrebbero praticamente a cadere le discussioni in merito alla problematica dell'occupazione preventiva del rifugio in ragione della mancanza di giacigli nei rifugi privati (*Protezione civile* 4/85). Unica controindicazione: soltanto comuni «ricchi» sono in grado di risolvere in questo modo la questione della carenza di giacigli nei rifugi!

empaquetés de façon à rester à l'abri de la poussière. L'organisme d'abri y apposera des étiquettes et les stockera dans deux édifices publics. La surface de stockage couvre 56 m<sup>2</sup>. Il n'y aura pas de frais accessoires. Cependant, les nouvelles acquisitions qui seraient dues à une augmentation de la population locale seraient à la charge du trésor public.





## La manifestazione di protezione civile italo-svizzera è stata un successo

red. (hwm.) Ha avuto un'eco importante l'imponente manifestazione di protezione civile denominata «Ceresio 85», svoltasi a fine maggio a Lugano. Per la prima volta si sono riuniti addetti della protezione civile svizzeri ed italiani (vedasi anche l'annuncio apparso a pg. 47 del numero precedente). Nel quadro di diversi interventi dalla portata spettacolare nella stazione merci di Lugano-Vedeggio, gli addetti alla protezione civile hanno dato prova - in un'atmosfera canicolare - delle loro capacità. Si sono in tale occasione rivelate le enormi diversità d'ordine organizzativo tra la protezione civile svizzera e quella italiana: quest'ultima è basata sul principio del volontariato. Questo non significa tuttavia che i corpi italiani di volontari della protezione civile non siano efficienti, bene al contrario: grazie alla lungimiranza dei donatori, essi dispongono di veicoli ambulanze e di attrezzi di salvataggio della più moderna concezione, tutto materiale al quale vien fatto ricorso soprattutto negli interventi in periodo di pace, quali in occasione di grandi catastrofi.

Lo scalo ferroviario merci di Lugano-Vedeggio ha vissuto ore concitate con tanto di fuoco e distruzione. Per fortuna, non si è trattato di una vera disgrazia, ma di uno spettacolare esercizio organizzato dal Consorzio protezione civile di Lugano e dintorni, PCLD. Alla manifestazione hanno partecipato numerosi rappresentanti delle autorità civili e militari; tra gli ospiti, il direttore del DMC Renzo Respini, il sindaco di Lugano arch. Giorgio Giudici, il direttore dell'Ufficio cantonale di PC, ing. Pierangelo Ruggeri, numerosi sindaci della regione, il brigadiere Hubert Hilbi, comandante della zona territoriale 9, il col SMG Francesco Vicari. L'esercizio, come vedremo, era abbinato alle prestazioni - singolare novità per tutta la Svizzera - di un distaccamento di militi della Protezione civile italiana, rappresentata quindi da numerosi esponenti degli organismi dirigenziali. L'esercizio è stato organizzato e diretto dal col Stefano Belloni, capo della PCLD, e dall'ing. Alfredo Belloni, capo dell'istruzione del consorzio luganese. Aveva anche un nome: «Ceresio 85». E, ovviamente, un'ipotesi tattica: in seguito a un conflitto in Paesi confinanti al nostro, nel cielo sopra Agno si è svolto un combattimento aereo e un velivolo è precipitato sullo scalo merci, portando morte e distruzione. In particolare, la disgrazia ha provocato l'incendio in alcune baracche-dormitorio per operai, la distruzione parziale di un treno viaggiatori delle FFS e notevoli danni in un parcheggio per automobili, adiacente alla stazione. Numerosi i morti e i feriti.

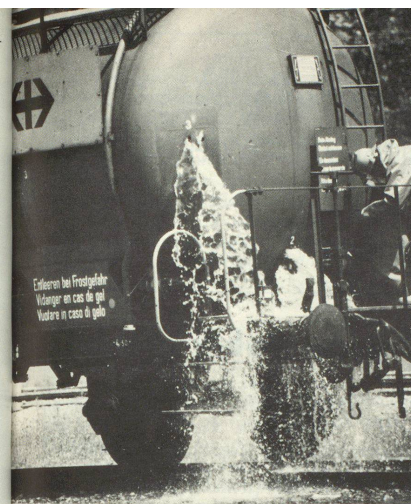
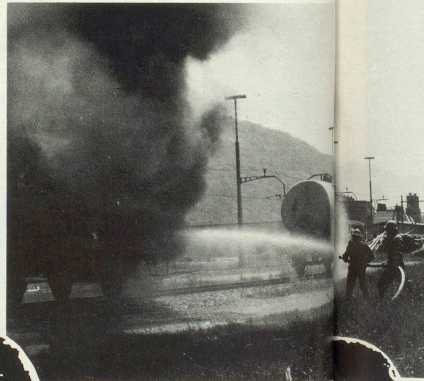
Scattato l'allarme, rispettando il sistema d'intervento già pianificato in tempo di pace per simili evenienze, ieri

sono stati mobilitati circa 300 uomini per le operazioni di soccorso, nell'area che presentava un incendio effettivo su una superficie di circa 600 metri quadrati, veicoli distrutti disposti in vario modo (carrozze ferroviarie, vagoni e automobili), feriti sparsi un po' ovunque, «baracche» di legno distrutte.

Il tutto, su un'area di circa 10 mila metri quadrati. L'effettivo dei soccorritori comprendeva circa 150 uomini del PCLD, incorporati nel Distaccamento di intervento in caso di catastrofe, DIC, istituito dopo l'alluvione del 1978 che colpì effettivamente parte del nostro cantone; altrettanti militi appartenenti alle organizzazioni di PC volontaria italiana, provenienti dalle regioni del Nord della Repubblica; e inoltre, uomini delle FFS attribuiti all'Organismo di protezione stabilimenti, OPS (Lugano-stazione, Lu-

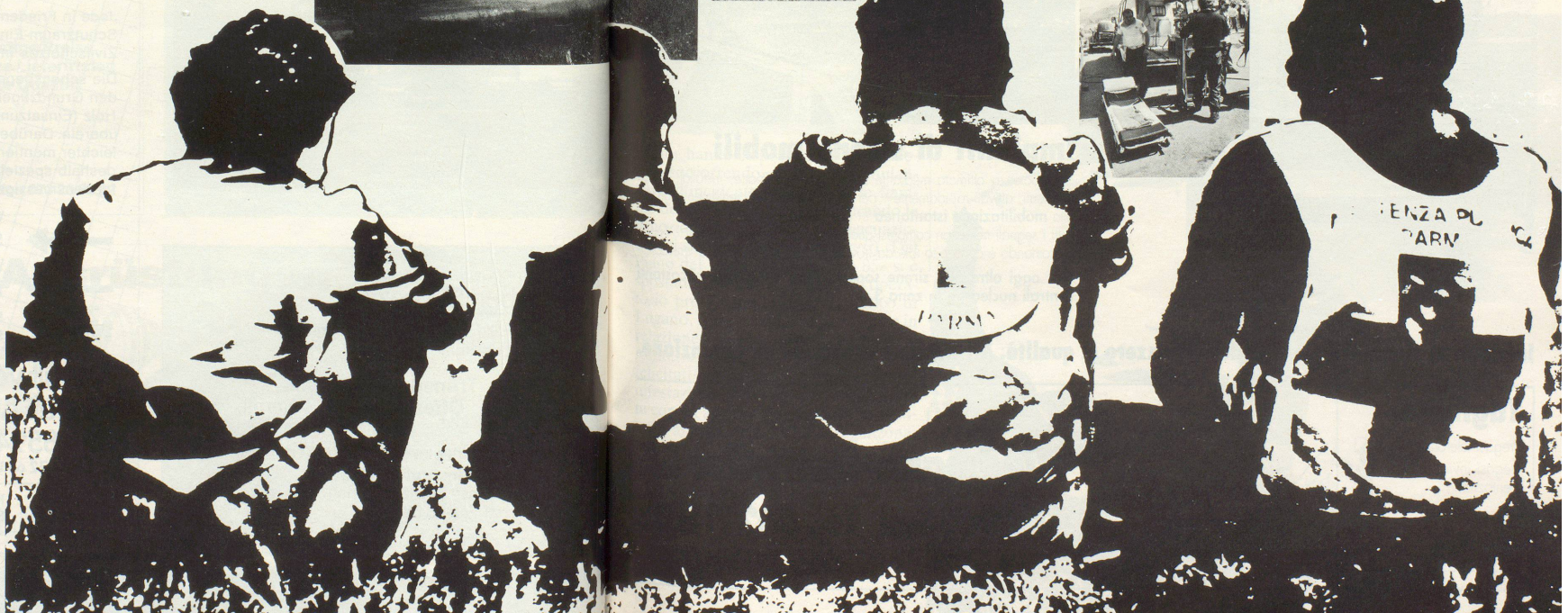
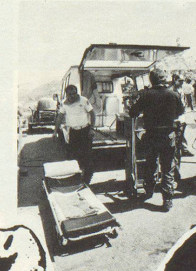


(Fotos: Lea Mori)



## Italianisch-schweizerische Zivilschutzübung war ein Erfolg

red. Ein überaus grosses Echo fand die grossangelegte Zivilschutzübung «Ceresio 85», die Ende Mai in Lugano in Szene ging und erstmals schweizerische und italienische Zivilschutzgruppen zusammenführte (vgl. auch Vorankündigung in der letzten Nummer). Im Rahmen von verschiedenen spektakulären Einsätzen auf dem Hucklepack-Bahnhof Lugano-Vedeggio zeigten die Zivilschützer bei brütender Hitze, was in ihnen steckt. Dabei traten die organisatorisch enormen Unterschiede zwischen dem schweizerischen und italienischen Zivilschutz zutage, basiert doch der Zivilschutz in unserem südlichen Nachbarland auf der Freiwilligkeit. Das heisst nicht, dass die italienischen Freiwilligenkorps nicht effizient wären, ganz im Gegenteil: Zum Teil verfügen sie dank Donatoren über hochmoderne Ambulanzfahrzeuge und Rettungsgeräte, die vorab bei grösseren Katastrophen in Friedenszeiten zum Einsatz gelangen.

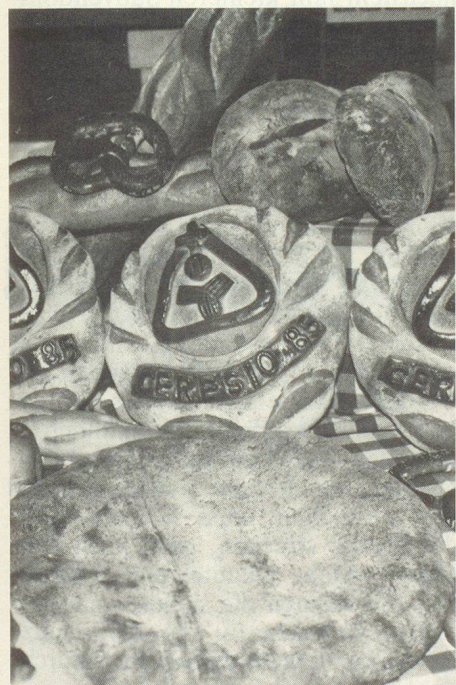




gano-Vedeggio e Bellinzona), pompieri dell'aeroporto di Agno, sanitari dell'ERA e della Croce Verde.

Nell'ordine, i primi a giungere sul posto sono stati i militi dell'OPS ferroviaria, che in effetti lavorano già sul posto e quindi hanno affrontato il primo impatto con la catastrofe simulata. Viste le proporzioni dell'evento, in una prima fase sono stati rinforzati dal gruppo di spegnimento fuoco aeroportuale, cui è poi subentrato il DIC della protezione civile, che ha «preso in mano» la situazione, coordinando i successivi interventi (è a questo punto che per l'esercizio sono entrati in azione gli uomini della PC italiana, invitati dall'Ufficio federale svizzero dell'ente).

La dimostrazione ha visto pertanto al lavoro pompieri, pionieri, sanitari ed altri specialisti, che con notevole im-



pegno hanno risposto alla simulazione, «soccorrendo» le vittime (simulanti) dell'incidente, spegnendo le fiamme del grosso incendio, assicurando la rimozione del materiale e l'evacuazione dei superstiti (feriti compresi). Dal Piano del Vedeggio, «Ceresio 85» si è spostato nel bunker del Centro operativo protetto, all'Ospedale Civico di Lugano, dove il lavoro è proseguito in relazione alla prestazione del servizio sanitario. Dirigenti e ospiti si sono felicitati per l'ottima riuscita della manifestazione, che si è conclusa in serata con un aperitivo e una cena comunitaria al centro di PC di Breganzona, che per l'occasione ha ospitato circa 500 persone.

## L'esercizio italo-suisse de protection civile a été un succès

Réd. A fin mai s'est déroulé à Lugano un exercice de protection civile de grande envergure, appelé «Ceresio 85», qui a réuni pour la première fois des groupes suisses et italiens de protection civile. Cet exercice a rencontré un écho extrêmement grand (cf. également l'annonce faite dans le dernier numéro). Dans le cadre de divers engagements spectaculaires qui se sont déroulés à la gare aux marchandises de Lugano-Vedeggio, des

membres de la protection civile ont démontré sous une chaleur accablante ce dont ils étaient capables. A cette occasion, on a pu voir clairement les différences énormes qu'il y a en matière d'organisation entre les protections civiles suisse et italienne. En effet, la protection civile de notre voisin du sud est fondée exclusivement sur le bénévolat. Cela ne signifie pas que les corps des volontaires italiens soient moins efficaces, bien au contraire. Grâce à des donateurs, ces corps disposent pour une bonne part de véhicules ambulances et d'appareils de secours ultra-modernes qui sont destinés avant tout à être engagés lors de grandes catastrophes en temps de paix.

